



DIE LINKE.

Kreisverband Salzgitter

Rundbrief an Mitglieder und interessierte Bürger/innen

April - Mai 2017

Jetzt also der Martin. Ein grundehrlicher Mann des Volkes. Einer, der die Bodenhaftung nicht verloren hat; ein ehemaliger Präsident des EU-Parlaments wie du und ich, der sich nicht scheut, die Wahrheit zu sagen.

Denn es wurden auch Fehler !!! gemacht, wie es der Commandante Schulz Guevara bezüglich seiner SPD unumwunden zugibt. Die diese – in bewährter Form – im Vorwärtsschreiten zu überwinden gedenkt.

Deshalb läutet die SPD ihr traditionelles linkes Halbjahr vor wichtigen Wahlen ein.

Kürzlich läutete die Führungsspitze der SPD bei einem Treffen im Willy – Brandt – Haus ihr traditionelles linkes Halbjahr vor der Bundestagswahl ein. In dieser Zeit ist das Spitzenpersonal darum bemüht, die SPD wie eine Partei wirken zu lassen, die Politik für Arbeiter und Geringverdiener macht.

„Liebe Genossinnen und Genossen, das traditionelle linke Halbjahr ist hiermit feierlich eröffnet“ verkündete der Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann und klingelte laut hörbar mit der sogenannten „Glocke des kleinen Mannes“. Nachdem der Applaus abebbte erklärte er: „Jetzt ist die Zeit gekommen, in der wir uns für einige Monate auf unsere sozialdemokratischen Wurzeln zurückbesinnen.“

Ab sofort sei es den Wahlkämpfern zur Schärfung des linken Profils der Partei ausdrücklich erlaubt, soziale Forderungen zugunsten der Arbeiterschaft zu formulieren. „Höhere Löhne, eine Abkehr von der Agenda 2010, Steuern runter, Steuern rauf für Reiche, höhere Renten – völlig egal!“, so Oppermann.

„Aber bitte beachtet, liebe Genossen: Am Montag nach der Wahl hebe ich wieder diese Glocke. Und ab diesem Zeitpunkt muss das alles wieder vergessen sein.“

Parteienforscher versuchen bis heute herauszufinden, warum es in Deutschland Wähler gibt (20 bis 30 %), die immer noch auf das traditionelle linke Halbjahr der SPD hereinfallen.

„Hier scheinen ähnliche psychische Prozesse abzulaufen, wie bei einer vom Partner misshandelten Person“, erklärt Parteienforscher Walter Rebke. „Der Wähler redet es sich vor jeder Wahl ein, dass die reumütige SPD es dieses Mal ernst meint und ihr Verhalten wirklich zugunsten der Schwächeren in der Gesellschaft ändert“.

Doch damit sieht es schlecht aus. Üblicherweise folgen nämlich auf das traditionelle linke Halbjahr die traditionellen dreieinhalb arbeitgeberfreundlichen Jahre, die von Freihandelsabkommen, Privatisierungen, Klientelpolitik und sozialen Kürzungen geprägt sind.

Bericht Rundbrief Linksjugend

Am 28. März starteten wir mit unserer ersten öffentlichen Bildungsveranstaltung - und es war ein Erfolg!

Gemeinsam mit dem Zentrum für demokratische Bildung aus Wolfsburg haben wir uns ein Thema und ein Konzept erarbeitet, um unter dem Titel „Nazis im Netz - Übersicht und Handlungsstrategien auf Facebook“ unsere Veranstaltung auszurichten.

In Zusammenarbeit mit der IG Metall und dem Ortsjugendausschuss haben wir in den Räumlichkeiten des Gewerkschaftshauses um 18.00 Uhr begonnen.

Besonders gefreut haben wir uns darüber, dass wir auch parteifremde Personen, aus dem OJA, aber auch von den Jusos der SPD begrüßen durften.

Abschließend bleibt uns zu sagen, dass es ein erfolgreicher Abend war und wir motiviert an weiteren Angeboten arbeiten.



Kundgebung: 1. Mai 2016 mit Transparent Naziaufmärsche stoppen

Rat der Stadt Salzgitter beschließt das Sozialticket!

In der Ratssitzung am 22.3.2017 standen erneut zwei Anträge zur Einführung eines Sozialtickets auf der Tagesordnung. Ein Antrag vom SPD-Bündnis zur Einführung, zu Kosten und zur Befristung und ein Änderungsantrag von der Fraktion der Linken.

In der Debatte änderte das Mehrheitsbündnis um die SPD durch unsere Beiträge ihren Antrag zu den Kosten ab,

vom Regelsatz für Mobilität insgesamt von ca. 33 €

auf „fremde Verkehrsdienstleistungen“ (nur Busverkehr) für ca. 26.50 € (Siehe Kasten).

Damit vermindern sich die Kosten für ein Mobilticket von 33 € auf 26.50 €.

Wir sorgten mit einer weiteren Änderung für eine Präzisierung bei den anspruchsberechtigten Bedarfsgemeinschaften.

Wir erwarten, dass die Gespräche mit der KVG nun zügig geführt werden, damit das SZ-Mobil-Ticket (Sozialticket) bald eingeführt wird.

Antrag SPD, MBS und Grüne:

Die Verwaltung wird beauftragt alle erforderlichen Schritte zur Einführung des SZ-Mobil-Tickets (Sozialtickets) einzuleiten. Zeitnah sind Gespräche mit der KVG, der LNVG und dem ZGB zu führen.

Das Sozialticket soll den berechtigten Bürgerinnen und Bürgern zum nächstmöglichen Zeitpunkt in 2017 zur Verfügung stehen. Der Eigenanteil ist der jeweils gültige Betrag, der gem. SGB XII im Regelsatz für Verkehrsdienstleistungen enthalten ist.

Finanzielle Mittel sind bei der Haushaltsplanung zu berücksichtigen. Das Sozialticket wird zunächst befristet für 2 Jahre eingeführt. Nach einem Jahr soll eine Evaluation durchgeführt werden. Die Ergebnisse werden dem Rat bis spätestens Ende 2018 zur Verfügung gestellt.

Änderungsantrag Linke:

Nach Absatz 2 wird folgender Absatz eingefügt:

Anspruchsberechtigt sind Sozialleistungsbezieher nach dem SGB II, SGB XII, AsylbLG, SGB VII und Mitglieder der jeweiligen Bedarfsgemeinschaften.

Das Sozialticket „SZ-Mobil-Ticket“ soll 25 € pro Monat kosten.



Der lange Weg zum Sozialticket

Bereits in der Ratsperiode 2006 bis 2011 stellte die damalige Ratsgruppe LAS/Grüne mehrfach Anträge zur Einführung eines Sozialtickets. Diese Anträge wurden von SPD und CDU abgelehnt oder die Verwaltung lehnte eine Umsetzung aus Kostengründen ab. Hier ein Auszug der Anfragen und Anträge von 2011 bis 2017.

14.02.2011 Prüfauftrag Linke Alternative (LAS) / Grüne zur Einführung eines Sozialtickets (Bei einer Enthaltung zugestimmt)

21.05.2012 Haushaltsantrag der Fraktion DIE LINKE, Konzepterstellung für ein Sozialticket (42 Ja-Stimmen - 3 Nein Stimmen beschlossen)

04.09.2012 Einführung eines Sozialtickets im Verbundtarif Braunschweig durch DIE LINKE (40 Ja-Stimmen – 3 Nein Stimmen und zwei Enthaltungen beschlossen)

29.01.2013 Haushaltsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Einführung eines Sozialtickets (Antrag mit 41 Nein-Stimmen bei 2 Ja Stimmen abgelehnt)

27.02.2013 Verwaltung legt ein Konzept vor zum Antrag vom 14.02.2011 der LAS / Grüne (Eine Umsetzung zur Einführung wird von der Verwaltung nicht empfohlen).

14.01.2014 Erneuter Antrag der LINKEN zum Haushalt 2014 zur Einführung eines Sozialtickets (bei 39 Nein Stimmen zu 6 Ja Stimmen abgelehnt)

18.11.2014 Gemeinsamer Antrag SPD / GRÜNE zur Konzepterstellung Sozialticket (Antrag mit 39 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen beschlossen)

16.12.2014 Änderungsantrag zum Antrag der SPD / GRÜNE vom 18.11.2014 um Erweiterung des Personenkreises auf Wohngeldempfänger (Abgelehnt mit 40 Nein-Stimmen bei 3 Ja-Stimmen)

15.09.2015 Anfrage SPD / GRÜNE wann mit der Fertigstellung des Konzeptes für Sozialticket zu rechnen sei.

09.02.2016 Anfrage DIE LINKE wann das Konzept vorgelegt wird.

16.03.2016 Beantwortung der Anfrage von DIE LINKE

27.06.2016 legt die Verwaltung ein Konzept zum Antrag SPD / GRÜNE vom 18.11.2014 vor und empfiehlt aus Kostengründen kein Sozialticket einzuführen.

09.02.2017 Antrag SPD /M.B.S. / GRÜNE Einführung Sozialticket – Wird wenige Tage später zurückgezogen

13.02.2017 erneuter Antrag von SPD / M.B.S. / Grüne zur Einführung eines Sozialtickets.

08.03.2017 Änderungsantrag zum Antrag SPD /M.B.S. / GRÜNE vom 13.02.2017 zur Konkretisierung des Personenkreises und Anpassung des Fahrpreises von 34 Euro auf 25 Euro.

22.03.2017 Beschluss zur Einführung eines Sozialtickets

Regelsätze Mobilität		BMAS Referentenentwurf 29.8.2016 (15%-Referenzgruppe Einpersonenhaushalte)	Der Paritätische (20%-Referenzgruppe Einpersonenhaushalte)
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013			
Abt.	Gegenstand der Nachweisung		
7	Verkehr	32,90 €	43,33 €
	Kraft- und Fahrräder		
	Kauf oder Leasing von Fahrrädern	/	0,76 €
	Ersatzteile und Zubehör		
	Zubehör, Einzel- und Ersatzteile für Fahrräder	1,32 €	1,29 €
	Ersatzteile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und Krafträder	nicht enthalten	2,62 €
	Kraftstoffe, Autogas, Strom für Elektroauto, Schmiermittel	nicht enthalten	2,76 €
	Wartungen, Pflege und Reparaturen von Fahrzeugen	1,16 €	7,10 €
	sonstige Dienstleistungen (z.B. Park-, TÜV-Gebühren, mit Arbeitsstelle verbundene Garagen/Stellplatzmiete)	nicht enthalten	3,35 €
	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen		
	fremde Verkehrsdienstleistungen (ohne Übernachtung) - nicht Luftverkehr	26,44 €	22,85 €
	fremde Verkehrsdienstleistungen (mit Übernachtung) - nicht Luftverkehr	3,17 €	2,60 €

Bericht der Ratsfraktion der Linken

SPD, MBS und Grüne verhindern die Belegung der fertiggestellten 2. Flüchtlingsunterkunft.

Nachdem Ende 2015 der Rat einstimmig die Errichtung einer neuen 2. Flüchtlingsunterkunft beschlossen hatte, um auf die damalige Situation zu reagieren, stellte nun das Mehrheitsbündnis um die SPD den Antrag, keine Belegung dieser Unterkunft vorzunehmen und eine Nachnutzung zu untersuchen.

Aktuell sind noch 270 Flüchtlinge zentral untergebracht, mit der 2. Unterkunft hätte ein besonderer Bereich für Menschen mit Behinderungen und auch ein besonders geschützter Bereich für Frauen zur Verfügung gestanden.

In den Abstimmungen unterstützten 3 Fraktionen den SPD Antrag, Abst. 23-17-0. Die Linke unterstützten den Antrag der FDP, die Unterkunft zu belegen, Abst. 16-24-0.

Damit wurde die Chance für eine bessere Unterbringung und für eine bessere soziale Betreuung vertan.

Für die Ratsfraktion der Linken,
Hermann Fleischer

Einladung zur Mitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit lädt Euch der Kreisvorstand zur nächsten Mitgliederversammlung am **Dienstag, den 25. April um 17:00 Uhr ins Gewerkschaftshaus Chemnitzer Straße 33** ein.

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Wahl unserer Delegierten zur VertreterInnenversammlung für die Bundestagswahl am 21. 5. in Braunschweig.
2. **Linke Kommunalpolitik in Salzgitter**

Die Legislaturperiode 2016-2021 im Rat der Stadt und in den Ortsräten hat begonnen und gleich zu Beginn hat die LINKE einen Erfolg zu verzeichnen. Nach jahrelangem beharrlichem Kampf wurde das Sozialticket beschlossen, das die Mobilität für die armen Menschen in Salzgitter verbessert. Ein Sozialpass steht als nächstes auf der Tagesordnung.

Wir müssen allerdings Antworten auf die Frage finden, was angesichts der drängenden Probleme, vor denen SZ steht und der Tatsache, dass 2 Ratsherren und 4 Ortsräte nur begrenzte Möglichkeiten haben, die politischen Schwerpunktthemen sind, auf die wir uns konzentrieren und mit denen wir Wirkung erzielen können.

Wir wollen die MV nutzen, um in Gruppenarbeit diese Fragen zu diskutieren und damit die Grundlinie der Ratsarbeit für die kommenden Jahre zu bestimmen.

Leseprobe (Buchempfehlung)

„Es war ekelhaft zu sehen, wie Menschen in Europa behandelt wurden – an der ungarischen Grenze, in Calais – und es war lächerlich zu hören, dass eine politische Union mit 510 Millionen Einwohnern sich als überfordert von der Aufgabe erklärte, eine weitere Million, geschweige denn zwei oder drei weitere aufzunehmen. Stellen Sie sich einen Saal vor, in dem 510 Menschen sind, und zwei oder drei kommen dazu. Brüllen die Anwesenden dann: „Kein Platz! Alles voll!“ Und: „Wer seid Ihr überhaupt? Wir wollen Euch nicht!“ Ekelhaft, wirklich. Versagt in der ersten Prüfung. Sollte das Europa, das europäische Projekt sein? Integrationserfahrung gehört zum Kern Deutschlands. Da kommt es mir umso ekelhafter vor, dass deutsche Politiker, allen voran der unselige bayerische Ministerpräsident, Resentiments nicht nur gegen ausgerechnet die Regierung schüren, zu der sie selbst gehören, sondern vor allem auch gegen die Flüchtlinge. Damit hat er sich zum besten Marketing-Mann der AfD gemacht, und seltsamerweise hört er mit seinem demokratieschädigenden Verhalten nicht auf, obwohl er damit keine einzige Stimme gewinnt, wie die Umfragen zeigen. Ein paar Rechte sind für eine stabile Demokratie überhaupt kein Problem, das hält man aus. Aber etablierte Politiker, die die Themen und Begriffe der Rechten übernehmen und in die Mitte der Gesellschaft tragen: Die sind ein Problem, und sie waren schon früher die eigentlichen Totengräber der Demokratie“.

Harald Welzer: **Wir sind die Mehrheit. Für eine offene Gesellschaft**

Grenzenlose Solidarität statt G20

Internationale Großdemonstration Hamburg, 8. Juli 2017, 11:00 Uhr

- Aus dem Bündnisaufruf -

Kriege und bewaffnete Konflikte wie in Syrien, in Kurdistan, im Irak oder der Ukraine scheinen kein Ende zu nehmen. 1, 8 Billionen Euro werden jährlich für Rüstung und Krieg ausgegeben. Gleichzeitig steigen die Rüstungsexporte.

Über 65 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Die Grenzen Europas und Deutschlands sind wieder abgeschottet. Auf der Suche nach Sicherheit ertrinken tausende Menschen im Mittelmeer, das zur tödlichsten Grenze der Welt geworden ist. Rassismus und offener Hass nehmen in vielen Ländern der Welt zu – auch in Deutschland. Die Wahrheit ist kein Kriterium mehr, alles wird behauptet und herbeigelogen, wenn es nur Ängste und Vorurteile schürt. Die herrschende Politik gibt diesen Stimmungen nach und befeuert sie noch. Inzwischen werden Geflüchtete sogar in Kriegsgebiete wie nach Afghanistan abgeschoben.

Der menschengemachte Klimawandel ist eine unbestreitbare und bedrohliche Realität. Seine Auswirkungen sind schon heute spürbar und treffen vor allem diejenigen Menschen und Länder, die ihn am wenigsten verursacht haben. Dennoch passte die Bundesregierung ihren Klimaschutzplan den Interessen der Braunkohlen-Industrie an. Im Weißen Haus sitzt mit Donald Trump sogar ein Präsident, der den Klimawandel für eine Lüge hält.

Die soziale Spaltung hat dramatische Ausmaße erreicht. Gerade einmal 8 Männer haben mehr Vermögen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Diese Spaltung gibt es nicht nur im globalen Maßstab, sie durchzieht nahezu alle Gesellschaften, auch die deutsche. Millionen Menschen müssen sich mit Niedriglöhnen durchschlagen, haben keinerlei Aussicht auf eine existenzsichernde Rente, müssen um die wenigen bezahlbaren Wohnungen konkurrieren.

Am 7. und 8. Juli wollen sich die politisch Verantwortlichen für dieses menschliche und soziale Desaster in Hamburg treffen. Auf ihrem Jährlichen Gipfel reden die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten über „Bekämpfung von Fluchtursachen“, aber keines der großen Herkunftsländer sitzt am Tisch. Sie reden über „Partnerschaft mit Afrika“, aber es fehlt fast der gesamte Kontinent. Sie reden über Klimawandel, vertreten aber die Interessen der Erdöl- und Autoindustrie. Sie reden über Frieden, sind aber selbst die größten kriegführenden und rüstungsproduzierenden Staaten.

Wir laden alle Menschen ein, die unsere Empörung und unsere Hoffnung teilen, mit uns gemeinsam am 8. Juli in Hamburg zu einer lauten, bunten und vielfältigen Demonstration auf die Straße zu gehen.

Termine:

- 11. 04. 16.00 Uhr, Hüttengelände, Gedenkveranstaltung zum KZ Drütte
 - 18. 04. 17.00 Uhr, Kreisvorstand im Parteibüro
 - 25. 04. 17.00 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus
 - 1. Mai 10.00 Uhr, Start der Demo ab Reppnersche Straße, Kundgebung an der Alten Feuerwache mit Ständen der LINKEN und von solid.
 - 02. 05. 17.00 Uhr, Geschäftsführender Vorstand im Parteibüro
 - 09. 05. 17.00 Uhr, AG Wahlkampf, Parteibüro
 - 11. 05. 8.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, Gewerkschafter-Frühstück mit Jutta Krellmann
 - 12. 05. Aktionstag Pflege (dazu kommen noch Infos)
(23. 05. MV: noch nicht völlig klar – Einladung kommt noch)
 - 24. 05. Ratssitzung zum Haushalt 2017
- Fraktion und solid haben eigene Terminplanung. Bitte auf deren face book Seiten informieren.
-

Büro : 38226 Salzgitter- Lebenstedt, Berliner Str. 49
Bürozeiten: Dienstag 16.00 bis 18.00 Uhr
Donnerstag 16.00 bis 18.00 Uhr
Telefon: 05341/790 56 50
Internet: www.die-linke-salzgitter.de
e-mail: dielinke-salzgitter@t-online.de
Vorsitzender: Rainer Nagel DIE LINKE, Kreisverband Salzgitter
Rainer.nagel.53@gmail.com
Tel.: 01578 454 88 96

Büro: Fraktion DIE LINKE im Rathaus Zimmer 52
Telefon: 05341/839 32 76
E-mail: dielinke@stadt.salzgitter.de

Herausgeber: DIE LINKE, Kreisverband Salzgitter V.i.S.d.P.